

Inhaltsverzeichnis

Bürger und Föderalismus	
Eine Umfrage zur Rolle der Bundesländer	4
Aufbau und Methode der Umfrage	4
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	6
Fazit	7
Die Ergebnisse im Detail	9
Teil 1: Wie die Bürger die Bundesländer sehen	9
Der Anteil der Zugezogenen ist in den Stadtstaaten hoch und in Thüringen gering	9
Herausragende Merkmale des eigenen Bundeslandes:	
Umwelt und freundliche Menschen statt Landespolitik	10
Der Geburtsort ist für die Wohnortwahl entscheidend	11
Die Kommunen als Identifikationsanker	13
Auch die EU bietet dem Bürger Identifikationspotenzial	14
Politische Ebenen werden umso besser bewertet, je „näher“ sie am Bürger sind	15
Jeder Vierte hält die Bundesländer für verzichtbar	16
Vier von zehn Bürgern wollen den Zusammenschluss mit einem benachbarten Bundesland	17
Teil 2: Eckwerte eines föderalen Leitbildes	18
Ähnliche Lebensbedingungen für alle Bürger besonders auf gesamtdeutscher Ebene gewünscht	18
Eine wichtigere Rolle besonders für die Kommune und den Bund gewünscht	19
Zwei Drittel der Bürger wollen in Brüssel nur den Bund vertreten sehen	20
Fast alle Bürger wünschen bei großen Herausforderungen ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern	21
Eine klare Mehrheit für bundeseinheitliche Bildungsstandards	22
Große Mehrheit: Solidarität statt Wettbewerb der Bundesländer	23
Drei von vier Bürgern wollen den Länderfinanzausgleich beibehalten	24
Wettbewerb vor allem – aber nicht nur – zwischen Unternehmen erwünscht	25



Teil 3: Bedeutung eines Leitbildes für ausgewählte Politikfelder	26
Klare Mehrheit für bundeseinheitliche Steuersätze	27
Schuldenabbau über Steuererhöhung: Hohe Zustimmung zur Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer	28
Ausgabenkürzungen zwecks Schuldenabbau am ehesten bei der Verwaltung	30
Steuermehrereinnahmen: Deutliche Präferenz für Schuldenabbau statt Steuersenkung und Erhöhung der Sozialleistungen	32
In acht von 16 Bundesländern Zustimmung zu einem Schuldenverbot in den Verfassungen	33
Anhang: Fragebogen	34
Impressum	39

Bürger und Föderalismus Eine Umfrage zur Rolle der Bundesländer

Der demographische Wandel ist eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Mit dem Projekt „Aktion Demographischer Wandel“ will die Bertelsmann Stiftung einen Beitrag zur Lösung dieser gesellschaftlichen Herausforderung leisten. Der demographische Wandel verstärkt Tendenzen der Heterogenisierung der Lebensverhältnisse. Spätestens mit den zunehmenden Wanderungsbewegungen innerhalb von Deutschland und Strukturkrisen in verschiedenen Regionen des Landes ist die Diskussion um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf die politische Tagesordnung gelangt. Im Zuge der Arbeit der Föderalismus-Kommission II trifft die Frage nach den Lebensverhältnissen auf die konkrete Planung der finanzföderalen Verfassung der nächsten Jahre. Inwiefern soll aber der Heterogenisierung der Lebensverhältnisse in Deutschland mit finanzföderalen Reformen begegnet oder aber entsprochen werden? Um diese Frage zu beantworten, bedarf es der Einbeziehung der konkreten Präferenzen der Bürger.

Hierzu sollte in der Umfrage eruiert werden, ob es ein föderales Leitbild der Bürger gibt, worin sich dieses äußert, wie die relative politische Bedeutung der Ebene der Bundesländer beurteilt wird, und letztlich, ob sich hieraus möglicherweise Reformansätze erkennen lassen.

Aufbau und Methode der Umfrage

Die Einstellungen der Bürger zu den im Kontext der Föderalismusreform bedeutsamen Fragen wurden im Zuge einer repräsentativen und von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Bevölkerungsumfrage auf Ebene der einzelnen Bundesländer abgefragt. ifas übernahm die Durchführung der repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Dazu wurden zwischen Oktober und Dezember 2007 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung bundesweit 4.000 telefonische Interviews mit Personen ab 18 Jahren durchgeführt.

Methodische Vorbemerkungen

Zielgruppe und damit auch Grundgesamtheit der Befragung war die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren, die in Privathaushalten mit Festnetzanschluss lebt. Die Befragung wurde in der Zeit vom 23.10.2007 bis zum 9.12.2007 telefonisch in Form von CATI-Interviews durchgeführt (CATI = Computer Assisted



Telephone Interview). Ziel der Studie war es, die Einschätzungen der Bürger in jedem einzelnen Bundesland zu erfahren. Bei der vorliegenden Studie handelt es sich daher um 16 einzelne Länderbefragungen. Hierzu wurden in jedem Bundesland 250 bzw. 251 Personen befragt, was zu einer Gesamtfallzahl von 4.015 führt. Das Studiendesign der Telefonstichprobe (d. h. Anrufe in Haushalten mit unterschiedlich vielen Haushaltsmitgliedern und Telefonanschlüssen) führt dazu, dass nicht alle Mitglieder der Grundgesamtheit mit gleicher Wahrscheinlichkeit interviewt werden können. Diese Verzerrungen wurden durch eine entsprechende Umrechnung kompensiert, d. h. die Ergebnisse wurden gewichtet, um designbedingte Verzerrungen wieder auszugleichen und die Struktur der Stichprobe in zentralen soziodemographischen Merkmalen der realen Verteilung anzupassen. Um aus den Befragungsdaten auch für die Bundesebene repräsentative Ergebnisse generieren zu können, wurden diese zudem nachträglich proportional nach den Bundesländern gewichtet. Diese Gewichtung führte zu einer effektiven Fallzahl von 1.537, d. h. die Befragung von 4.015 Personen entspricht bei entsprechender Gewichtung aller 16 einzelnen Länderbefragungen einer repräsentativen Bundesbefragung von 1.537 Bundesbürgern.

Die Umfrage ist in drei Abschnitte aufgeteilt. Im ersten Abschnitt geht es in erster Linie um die tatsächlich erkennbare Identifikation der Bürger mit der Ebene der Bundesländer. Gezeigt werden soll, in welchem Umfang die Befragten für die Bundesländer in Relation zu anderen politischen Ebenen (EU, Bund, Kommunen) ein politisches Bewusstsein entwickelt haben, inwiefern die Bundesländer also vom Bürger wahrgenommen werden. Schließlich soll auch dargelegt werden, in welchem Umfang die Bürger in den einzelnen Ländern einem Prozess der Länderneugliederung offen gegenüberstehen.

Im zweiten Abschnitt werden die Befragten zu den Eckwerten ihres eventuell vorhandenen föderalen Leitbildes befragt werden. Es soll Transparenz über die föderalen Prämissen der Bürger hergestellt werden und darüber, welches Verhältnis der Bundesländer zueinander aus Sicht der Befragten ideal wäre. Hierbei wird bewusst auf die Begrifflichkeit und das Begriffspaar (Wettbewerb vs. Solidarität) zurückgegriffen, die dem Bürger aus der medialen politischen Debatte am ehesten bekannt ist.

Im dritten Abschnitt werden schließlich inhaltliche Präferenzen, die im finanzföderalen Kontext von besonderer Relevanz sind, abgefragt und nach einzelnen Bundesländern ausdifferenziert. Hiermit soll geklärt werden, ob zwischen den normativen Vorstellungen der Bürger und der Beurteilung „realpolitischer“ Fragen eine Konsistenz existiert.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Jeder vierte Bürger hält die Bundesländer für überflüssig.
- In acht von 16 Bundesländern spricht sich die Mehrheit der Befragten für eine Fusion mit einem Nachbarland aus. Bundesweit sprechen sich 40% der Bevölkerung hierfür aus.
- Nur 3 % der Bundesbürger denken an die Landespolitik, wenn sie nach besonderen Merkmalen ihres Bundeslandes gegenüber anderen Bundesländern gefragt werden.
- In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen kann jeder vierte Befragte keine Merkmale nennen, die er seinem Bundesland zuschreiben würde.
- Die stärksten Identifikationen mit der Landesebene finden sich in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern.
- Die Bundesbürger identifizieren sich zuerst mit der Stadt oder Gemeinde¹, in der sie wohnen. Erst danach folgen Bundes- und EU-Ebene. Die Ebene des Bundeslandes wird in mehr als der Hälfte der Bundesländer am wenigsten genannt.
- Zwei Drittel der Befragten wünschen sich, dass die EU-, die Bundes- und die kommunale Ebene in Zukunft eine stärkere Rolle spielen. Dieser Wunsch wird mit Blick auf die Bundesländerebene am wenigsten geäußert.
- Deutschlandweit ziehen 88 % der Befragten die Solidarität zwischen den Bundesländern dem Wettbewerbsgedanken vor. Selbst in Bayern stimmen dieser Aussage 83 % der Befragten zu.
- Bundesweit sprechen sich 74 % der Befragten für die Beibehaltung des Länderfinanzausgleichs aus.
- Zwei von drei Befragten schreiben die Vertretung von gesamtstaatlichen Interessen in Brüssel dem Bund zu.
- 91 % der Befragten wollen bundesweit vergleichbare Standards in Kindergärten, Schulen und Universitäten.
- Eine große Mehrheit von 85 % stimmt über alle Parteien hinweg für bundesweit einheitliche Steuersätze.

¹ Es wurde explizit nicht nach den Kreisen gefragt.



- 58 % der Befragten wollen zusätzliche Steuereinnahmen eher für Schuldenabbau als für zusätzliche Sozialleistungen verwenden.
- Die Einstellung zum föderativen Ordnungsprinzip ist vom Wohnort (Bundesland) des Befragten abhängig. Es gibt eine länderspezifische Sicht föderativ-normativer Grundfragen.

Fazit

Die Umfrage hat deutlich gemacht, dass sich Bürger- und öffentlich-politischer Diskurs hinsichtlich der Relevanz einzelner Themen und Fragen, wie z. B. des Wettbewerbs zwischen den Bundesländern, teilweise deutlich voneinander unterscheiden. Daher stellt sich im Kern die Frage: Wie könnte ein föderales Leitbildes aus Sicht der Bürger ausgestaltet sein, und in welcher Weise könnte es in die Reformdiskussion Eingang finden?

Die Ergebnisse im Fragenblock „Wie die Bürger die Bundesländer sehen“ deuten darauf hin, dass die Bundesländer in weiten Teilen ein Problem damit haben, beim Bürger als eigenständige politische Ebene wahrgenommen zu werden. Fusionen des eigenen Bundeslandes sind fast für die Hälfte der Bundesbürger denkbar. Die Existenz der Bundesländer per se wird von einem signifikanten Teil der Bevölkerung infrage gestellt. Kommunen und auch die europäische Ebene werden besser wahrgenommen. Für die Befragten stellt vor allem die kommunale Ebene einen Identifikationsanker dar. Es bliebe zu fragen, ob dies auf ein Defizit in der Darstellung der Landespolitik hindeutet, oder aber, ob ein spezielles politisches Bewusstsein der Bürger für die Bundesländer eher nicht vorhanden ist.

Die Abfrage der Eckwerte eines föderalen Leitbildes ergibt ein recht klares Bild: Wettbewerb wird als Ordnungsprinzip der Bundesländer untereinander abgelehnt, Solidarität selbst in allen Geberländern des Länderfinanzausgleichs klar befürwortet. Einheitliche Bildungsstandards und Steuersätze werden mit großer Mehrheit über alle Bundesländer- und Parteigrenzen hinweg gefordert. Die Beibehaltung des Länderfinanzausgleichs wird ebenfalls in allen Bundesländern von einer Mehrheit unterstützt.

Zu beachten ist hierbei, dass es sich um eine bewusst aus der medialen Diskussion entlehene Begrifflichkeit handelt und in der Realität stets eine Lösung zwischen diesen beiden Extremen anzustreben ist und nach einer Reform auch erreicht würde. Dies weist weniger auf die mangelnde Differenziertheit der Frage an dieser Stelle, sondern vielmehr auf die Dringlichkeit hin, die föderale Reformdiskussion in der Öffentlichkeit differenzierter zu führen. Des Weiteren bedurfte es aber einer begrifflichen Pauschalierung auch deshalb, um den Bürger überhaupt bei seinem

Wissensstand „abholen“ zu können. Schließlich bestand das Ziel ausdrücklich darin, Eckwerte eines möglichen föderalen Leitbildes abzufragen. Diese Rahmenvorgaben führen notwendigerweise zur entsprechenden Zuspitzung der Fragestellungen.

Bei den Fragen nach den inhaltlichen Konsequenzen eines föderalen Leitbildes für ausgewählte Politikfelder und damit nach den Prämissen der Bürger ergab sich, dass die Maßnahmen in manchen Politikfeldern über alle Bundesländer hinweg vergleichbar bewertet werden (In welchem Politikfeld soll konsolidiert werden? Welche Steuern könnten am ehesten erhöht werden?). In anderen Feldern (Schuldenverbot) ergab sich hingegen ein nach Bundesländern sehr differenziertes Bild. Somit wurde deutlich, dass eine zukünftige Aufgabenverteilung zwischen den politischen Ebenen – ein entsprechendes föderales Leitbild vorausgesetzt – sich auch daran orientieren sollte, ob erstens eine Ebene auch als politisch verantwortlich und relevant erkannt wird und ob zweitens nach Bundesländern ausdifferenzierte Maßnahmen durch die Bürger überhaupt nachgefragt und als solche bewertet werden. Letzteres ist natürlich unter anderem auch von der „Problemlage“ in den einzelnen Ländern abhängig, da z. B. in hoch verschuldeten Bundesländern die Bürger die Notwendigkeit härterer Schuldenrestriktionen befürworten.

Inhaltlich zeigt sich, dass der Bürger über die vielschichtigen Kausalitäten zwischen den verschiedenen Politikfeldern und politischen Maßnahmen entweder nicht ausreichend informiert oder aber schlicht überfordert ist, was angesichts der Komplexität der politischen Sachfragen und deren Wechselwirkungen nicht weiter verwunderlich ist.



Die Ergebnisse im Detail

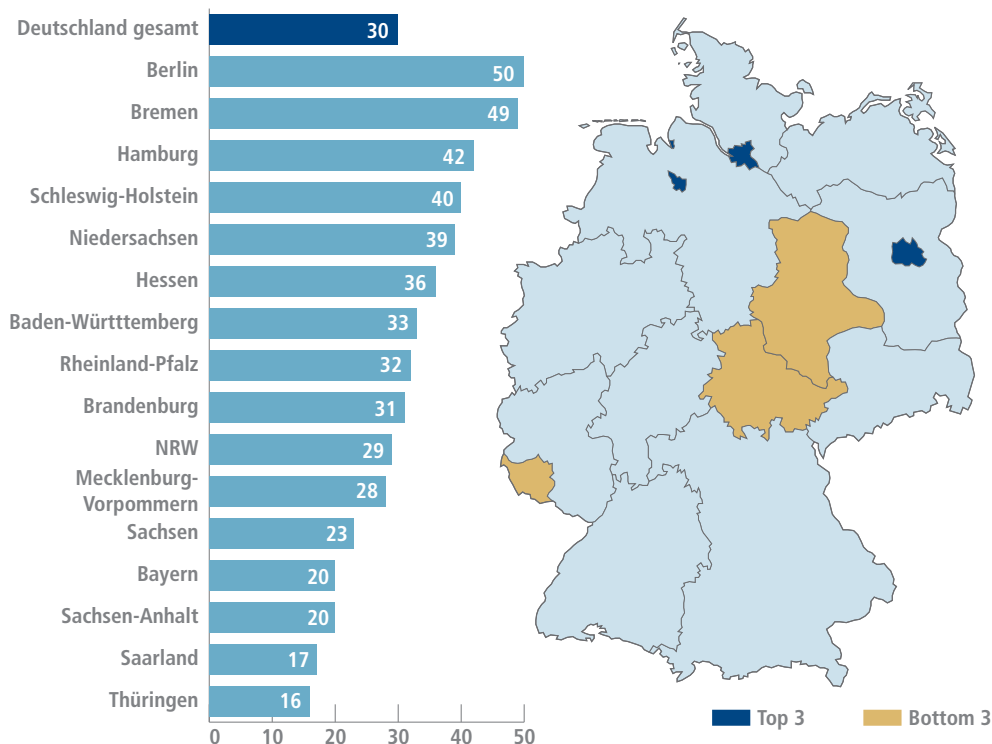
Teil 1: Wie die Bürger die Bundesländer sehen

Der Anteil der Zugezogenen ist in den Stadtstaaten hoch und in Thüringen gering

70 % der befragten Bundesbürger wohnen in dem Bundesland, in dem sie auch geboren sind; 30 % der Bundesbürger sind nicht in dem Bundesland geboren, in dem sie wohnen. Dabei ist der Anteil der Zugezogenen in Bayern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und im Saarland besonders gering und in den Stadtstaaten Berlin sowie Bremen mit 50 bzw. 49 % am höchsten.

Abb. 1: Anteil der Befragten, die nicht im Bundesland geboren sind

Antwort „Nein“ auf die Frage: „Sind Sie in dem Bundesland geboren, in dem Sie wohnen?“ Angaben in Prozent.



Quelle: ifas

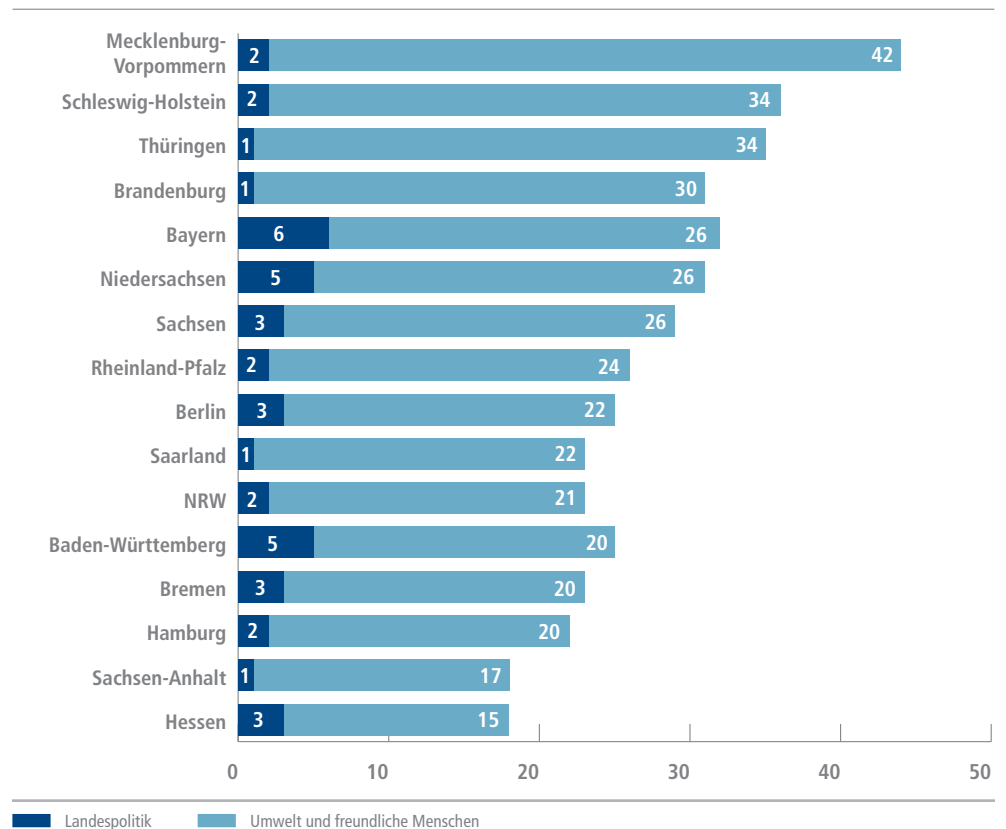
BertelsmannStiftung

Herausragende Merkmale des eigenen Bundeslandes: Umwelt und freundliche Menschen statt Landespolitik

Bei der Beantwortung der Frage nach den Identifikationsmerkmalen der Bürger für ihr Bundesland fällt auf, dass die Landespolitik – egal ob Süd oder Nord, West oder Ost – eine sehr untergeordnete Rolle spielt. So gibt im Saarland, in Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt nur einer von hundert Befragte an, dass er sein Land vor allem mit der Landespolitik identifiziere. Die Zuschreibung von besonderen Merkmalen findet auf einer deutlich anderen Ebene statt.

Abb. 2: Bedeutung der Landespolitik als Identifikationsmerkmal

„Was sind für Sie die herausragenden Merkmale des Bundeslandes, in dem Sie wohnen – im Vergleich zu anderen Bundesländern?“, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung



So nennen in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zwischen 34 % und 42 % der Befragten „Umwelt und freundliche Menschen“ als herausragende Merkmale ihres Bundeslandes. Die Einwohner von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen identifizieren sich stattdessen über die wirtschaftliche Lage mit ihrem Bundesland. Kultur und Geschichte erreichen im besten Fall eine Nennung von 22 % der Befragten (Berlin). Aus Sicht der Landespolitik muss eine Besonderheit in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen nachdenklich stimmen. In Nordrhein-Westfalen gibt jeder vierte Befragte an, dass er dem Land Nordrhein-Westfalen keinerlei Merkmal zuschreiben könne. In Niedersachsen beträgt der Anteil dieser Befragten sogar 27 %.

Der Geburtsort ist für die Wohnortwahl entscheidend

Nicht etwa die Nähe zum Ausbildungs- oder Arbeitsplatz wird als entscheidendes Kriterium genannt (Ausnahme Bremen), sondern in 12 von 16 Bundesländern mehrheitlich die Tatsache, dass der Befragte dort, wo er wohnt, auch aufgewachsen ist. „Geringe Steuern“ (Stadt/Gemeinde) sind demgegenüber nur für 3 % (Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt) respektive 14 % (Thüringen) der Grund für den derzeitigen Wohnort.

Abb. 3: Wichtigste Gründe für die Wahl des Wohnortes

„Was sind die hauptsächlichsten Gründe dafür, dass Sie in der Stadt oder Gemeinde wohnen, in der sie wohnen?“ Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Am häufigsten genannt	in %	Am zweithäufigsten genannt	in %	Am dritthäufigsten genannt	in %	bezahlbarer Wohnraum	geringe Steuern
Baden-Württemberg	hier aufgewachsen	31	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	30	soziales Umfeld	30	9	2
Bayern	hier aufgewachsen	41	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	35	soziales Umfeld	30	10	1
Berlin	soziales Umfeld	37	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	34	hier aufgewachsen	30	7	1
Brandenburg	hier aufgewachsen	32	soziales Umfeld	32	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	29	6	1
Bremen	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	43	soziales Umfeld	33	hier aufgewachsen	27	4	1
Hamburg	hier aufgewachsen	39	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	36	soziales Umfeld	34	6	1
Hessen	soziales Umfeld	37	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	34	hier aufgewachsen	30	7	1
Mecklenburg-Vorpommern	hier aufgewachsen	34	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	32	soziales Umfeld	29	10	1
Niedersachsen	soziales Umfeld	40	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	32	hier aufgewachsen	24	6	2
NRW	hier aufgewachsen	33	soziales Umfeld	33	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	26	5	1
Rheinland-Pfalz	hier aufgewachsen	41	soziales Umfeld	34	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	21	10	1
Saarland	hier aufgewachsen	36	soziales Umfeld	33	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	27	13	0
Sachsen	hier aufgewachsen	39	soziales Umfeld	34	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	23	13	1
Sachsen-Anhalt	hier aufgewachsen	39	soziales Umfeld	37	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	31	13	3
Schleswig-Holstein	hier aufgewachsen	34	soziales Umfeld	28	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	26	10	3
Thüringen	hier aufgewachsen	42	Nähe zur Arbeit/ Ausbildung/Uni	29	soziales Umfeld	28	14	0

Quelle: infas

Bertelsmann Stiftung

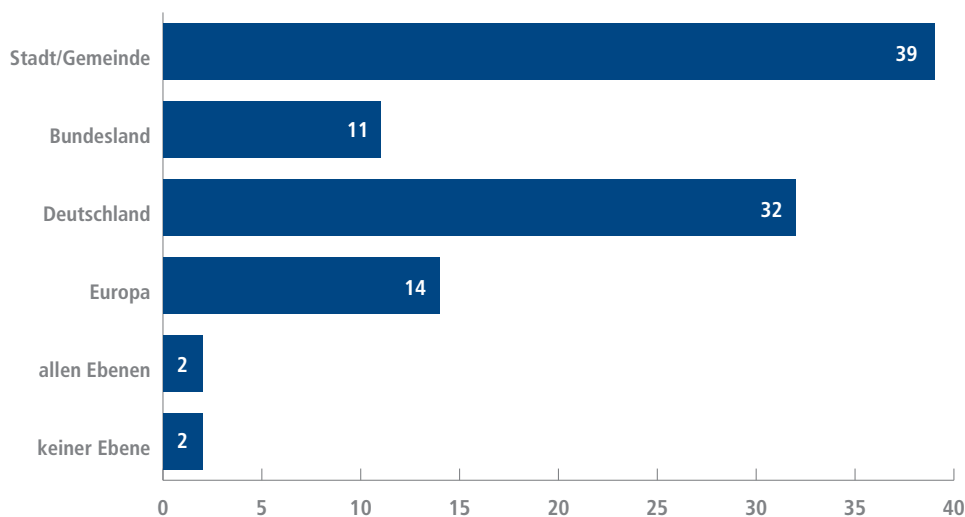


Die Kommunen als Identifikationsanker

Entsprechend der überwiegenden Begründung der eigenen Wohnortwahl („Hier aufgewachsen“) ist auch die politische Identifikation mit der kommunalen politischen Ebene am stärksten ausgeprägt. Die Kommunen dienen damit als Identifikationsanker der Menschen. Deutlich weniger stark identifizieren sich die Bürger mit der Bundesebene, der EU und schließlich den Bundesländern. In Berlin und Niedersachsen halten sich in der Wichtigkeit für die Identifikation die politischen Ebenen der Gemeinden und des Bundes die Waage. In Bremen und Hessen steht dagegen die Bundesebene an erster Stelle.

Abb. 4: Zugehörigkeitsgefühl zu den einzelnen staatlichen Ebenen (Bundesauswertung)

„Welcher Ebene fühlen Sie sich in erster Linie zugehörig: Ihrer Stadt oder Gemeinde, Ihrem Bundesland, Deutschland oder Europa?“ Angaben in Prozent.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung

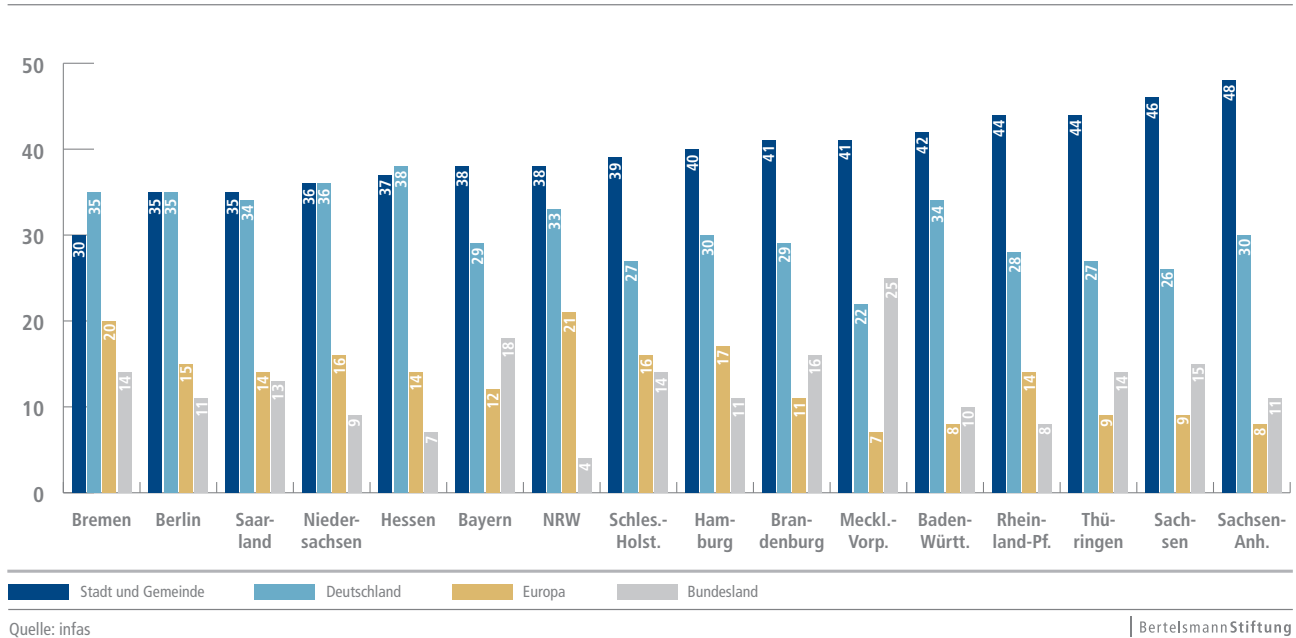
Auch die EU bietet dem Bürger Identifikationspotenzial

Bei der Betrachtung der Antworten in den einzelnen Bundesländern bezüglich der Identifikation mit den politischen Ebenen ist auffällig, dass in Bremen, Berlin, dem Saarland, Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Rheinland-Pfalz die europäische Ebene als wichtiger eingeschätzt wird als die Ebene der Bundesländer. Eine relative EU-Skepsis ist nur im Osten und äußersten Süden der Bundesrepublik auszumachen. Der Identifikation mit der Bundesebene kommt die europäische Ebene in Schleswig-Holstein am nächsten.

Das Zugehörigkeitsgefühl zur europäischen Ebene ist in Nordrhein-Westfalen am stärksten (21 %) und in Mecklenburg-Vorpommern am schwächsten (7 %) ausgeprägt. Die Befragten in Mecklenburg-Vorpommern fühlen sich sogar dem eigenen Bundesland stärker als der Bundesebene zugehörig. Am geringsten ist die Identifikation mit den Bundesländern in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Baden-Württemberg.

Abb. 5: Zugehörigkeitsgefühl zu den einzelnen staatlichen Ebenen (Länderauswertung)

„Welcher Ebene fühlen Sie sich in erster Linie zugehörig: Ihrer Stadt oder Gemeinde, Ihrem Bundesland, Deutschland oder Europa?“ Angaben in Prozent, sortiert nach der Antwort „Stadt und Gemeinde“.



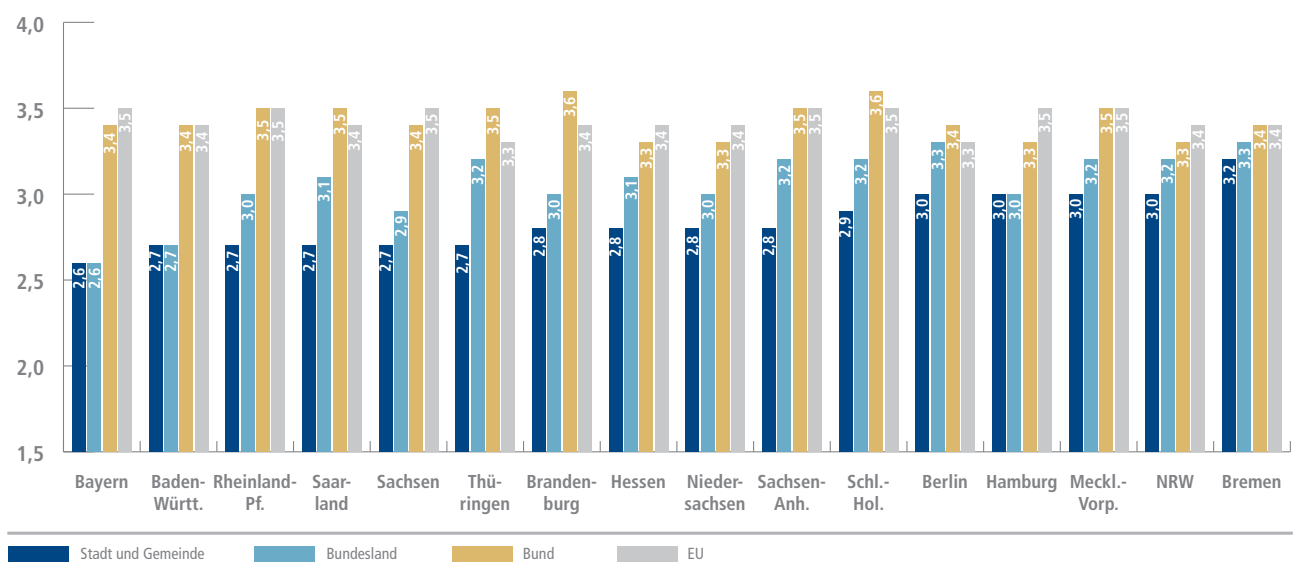


Politische Ebenen werden umso besser bewertet, je „näher“ sie am Bürger sind

Die jeweilige Zufriedenheit mit der politischen Ebene korreliert – bis auf die sehr positiv bewertete kommunale Ebene – wider Erwarten nicht mit dem Grad der Identifikation mit dieser Ebene. So erhalten auf der einen Seite – wie oben gezeigt – die Bundesländer die schlechtesten Werte beim Grad der Identifikation. Auf der anderen Seite aber fällt die Bewertung ihrer Arbeit – bezogen auf die Bund- und EU-Ebene – relativ besser aus.

Abb. 6: Zufriedenheit mit den einzelnen staatlichen Ebenen

„Bitte sagen mir jetzt, wie zufrieden Sie mit der Arbeit der verschiedenen politischen Ebenen sind?“, Angaben Mittelwert nach Schulnoten mit 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend, sortiert nach der Zufriedenheit mit der Ebene „Stadt und Gemeinde“. Interpretation: Je geringer der Mittelwert ist, desto größer ist die Zufriedenheit mit der politischen Ebene.



Quelle: ifas

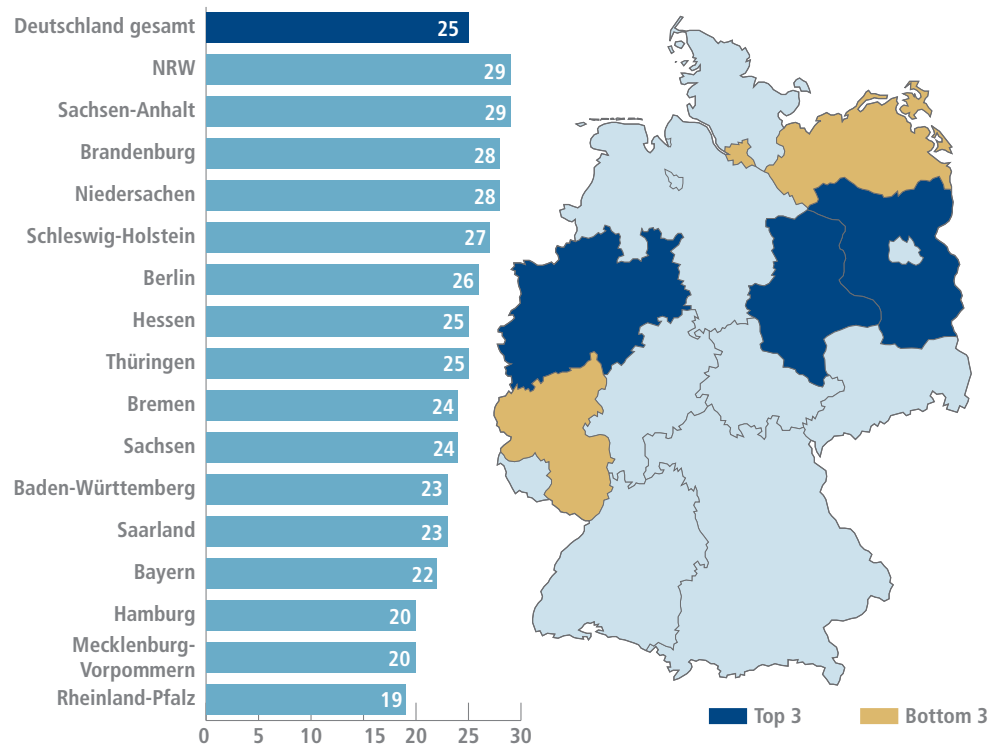
BertelsmannStiftung

Jeder Vierte hält die Bundesländer für verzichtbar

Die geringe Identifikation mit der Ebene der Bundesländer führt dann im Ergebnis bei der Frage, ob die Existenz der Bundesländer angesichts der Arbeit des Bundes und der europäischen Ebene überhaupt noch gerechtfertigt sei, letztlich zu einem Anteil von 25 % der Befragten, die die Bundesländer für überflüssig halten. Die Bandbreite der Zustimmung in dieser Frage reicht von rund 19 % (Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern) bis zu 29 % in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Dieser Trend ist konsistent mit den Ergebnissen der Frage nach der Identifikation, bei der die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern eine ausgeprägt Orientierung am Land erkennen ließen und die Bürger von Nordrhein-Westfalen zu 25 % sagten, mit Nordrhein-Westfalen könnten sie gar nichts identifizieren.

Abb. 7: Anteil der Befragten, die Bundesländer für verzichtbar halten

Antwort „Stimme eher zu“ auf folgende Aussage: „Wir brauchen die Bundesländer nicht mehr, weil sich der Bund und die Europäische Union mit den wirklich wichtigen Fragen befassen.“ Angaben in Prozent.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung

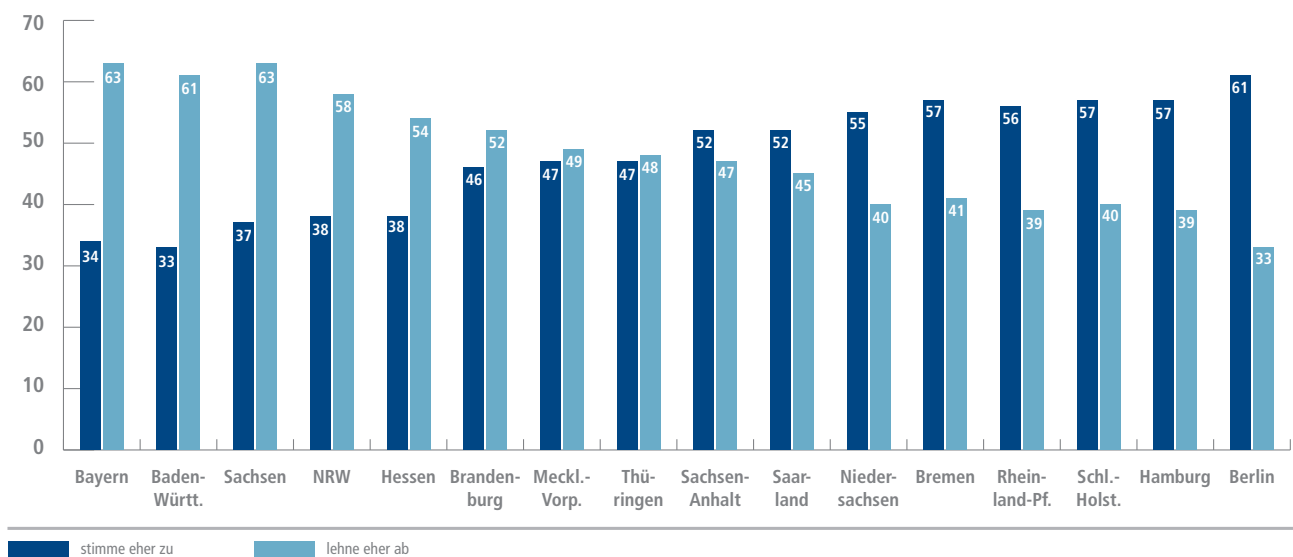


Vier von zehn Bürgern wollen den Zusammenschluss mit einem benachbarten Bundesland

Noch deutlicher fällt das Ergebnis aus, wenn nach der Möglichkeit der Fusion des eigenen Landes mit einem Nachbarland gefragt wird. Die Befragten (in der Reihenfolge der Zustimmung) in Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Bremen, Niedersachsen, Saarland und Sachsen-Anhalt können sich eine Fusion mit dem Nachbarland mehrheitlich gut vorstellen. Insbesondere mit Blick auf die Nord-Länder (die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern lehnen eine Fusion nur sehr knapp ab) ist die positive Einstellung zu einer Fusion über die Länder hinweg konsistent. Auch die Verortung von Rheinland-Pfalz und dem Saarland in dieser Gruppe ist geografisch nachvollziehbar. Die Fusion von Berlin und Brandenburg findet allerdings nur in Berlin, nicht aber in Brandenburg eine Mehrheit.

Abb. 8: Einstellung zu Länderfusionen

Antwort „Stimme eher zu“ oder „Lehne eher ab“ auf folgende Aussage: „Für das Bundesland, in dem ich wohne, wäre der Zusammenschluss mit einem Nachbarland eine sinnvolle Sache.“ Angaben in Prozent, sortiert nach der Höhe der Differenz zwischen Zustimmung und Ablehnung.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung

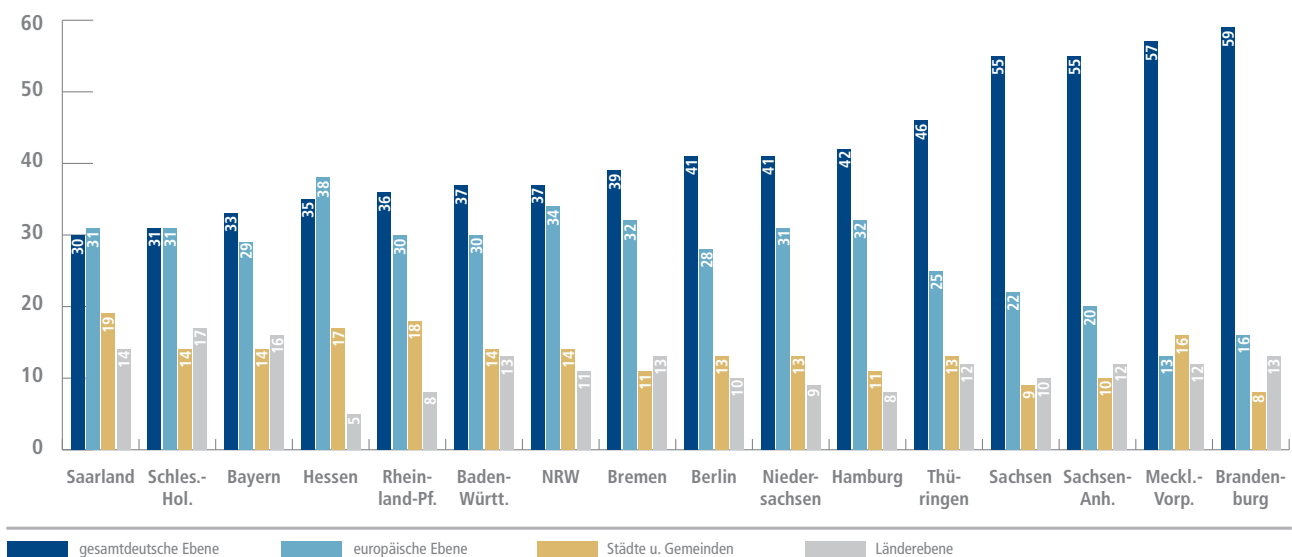
Teil 2: Eckwerte eines föderalen Leitbildes

Ähnliche Lebensbedingungen für alle Bürger besonders auf gesamtdeutscher Ebene gewünscht

Der Wunsch nach bundesweit vergleichbaren Lebensverhältnissen findet sich besonders stark in den ostdeutschen Bundesländern. 46 % bis 59 % der Befragten wünschen sich dort gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland. Aber auch insgesamt sollten nach Vorstellung der Befragten in allen Bundesländern (außer Hessen und Saarland) in erster Linie vergleichbare Lebensbedingungen in ganz Deutschland erreicht werden. Am zweithäufigsten wird von den Befragten die europäische Ebene als Bezugsgröße für gleichwertige Lebensverhältnisse genannt. In Hessen und dem Saarland wird die europäische Ebene sogar am häufigsten als Bezugsebene für gleichwertige Lebensverhältnisse genannt.

Abb. 9: Staatliche Ebene, auf der die Lebensbedingungen vergleichbar sein sollten

„Auf welcher Ebene sollten sich die Lebensbedingungen für die Bürger am ehesten ähneln?“ Angaben in Prozent, sortiert nach der Antwort „gesamtdeutsche Ebene“.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung



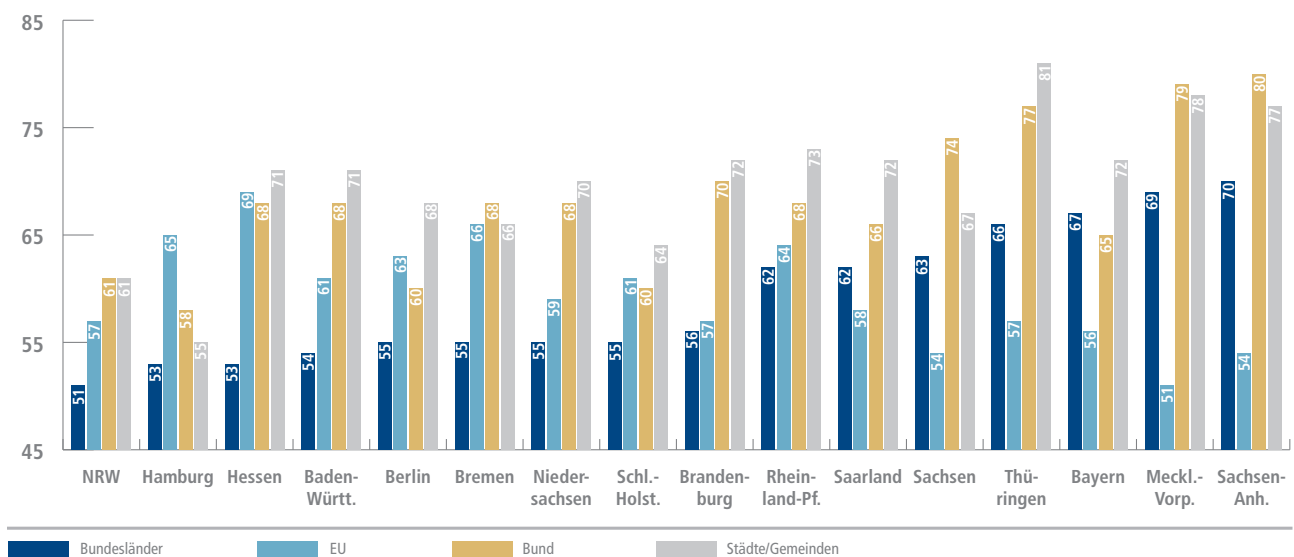
Eine wichtigere Rolle besonders für die Kommune und den Bund gewünscht

Es sind vor allem die bundesstaatliche und die gemeindliche Ebene, denen aus Sicht der Befragten zukünftig eine stärkere Rolle zukommen müsse. Dieser Wunsch findet vor allem in Ostdeutschland und in Bayern sowie dem Saarland starke Unterstützung. Die Dimensionen der Identifikation, der Zufriedenheit und des Wunsches nach einer wichtigeren Rolle ergeben in der Zusammenschau allerdings kein konsistentes Gesamtbild.

In zehn der 16 Bundesländer wünschen sich die Befragten eher für die europäische als die Ebene der Bundesländer eine wichtigere Rolle. Eine Zurückhaltung gegenüber der europäischen Ebene findet sich in vier Ländern Ostdeutschlands (Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt) sowie im Saarland und in Bayern. In Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Hessen wird der europäischen Ebene eher als der bundesstaatlichen Ebene eine stärkere Rolle gewünscht.

Abb. 10: Staatliche Ebene, die zukünftig eine wichtigere Rolle spielen sollte

„Nun möchte ich von Ihnen wissen, welche Ebene künftig eine wichtigere Rolle spielen sollte.“ Angaben in Prozent, sortiert nach der Antwort „Rolle der Bundesländer“.



Quelle: infas

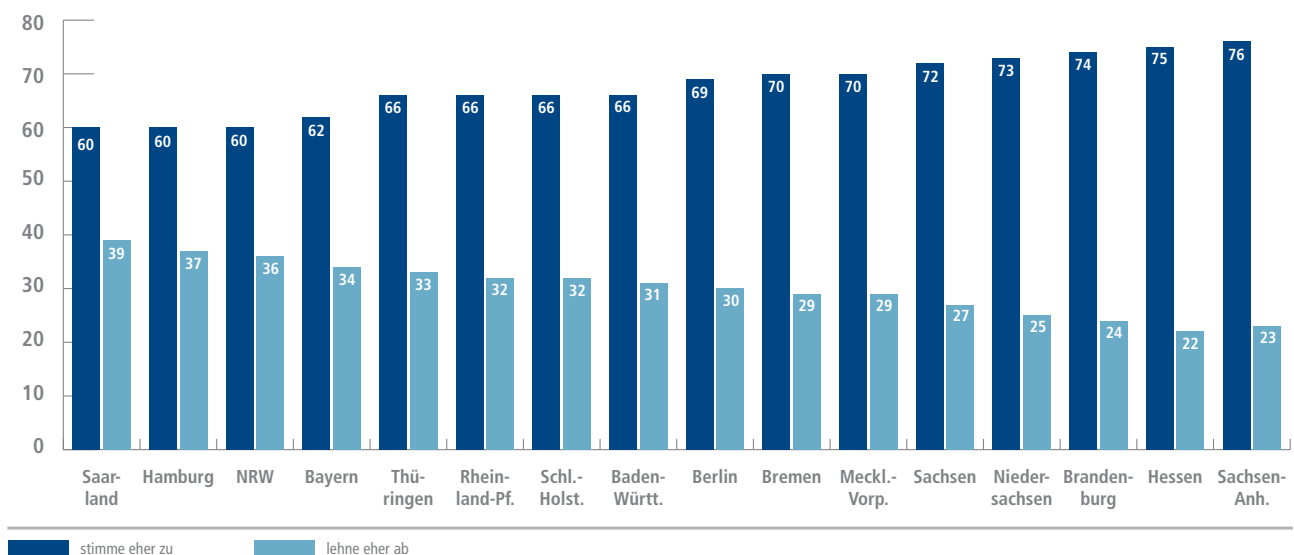
BertelsmannStiftung

Zwei Drittel der Bürger wollen in Brüssel nur den Bund vertreten sehen

In der Beziehung zur europäischen Ebene und der Aufgabenverteilung unter Einbeziehung der Bundesländer sind die Aussagen der Bundesbürger über alle Länder hinweg eindeutig und mehrheitlich. So stimmen der Aussage, dass allein die Bundesregierung (und nicht auch noch die Bundesländer) die deutschen Interessen in Brüssel vertreten sollte, zwischen 60 % und 76 % der Befragten zu. Am höchsten ist die Zustimmung in Hessen mit 75 % und Sachsen-Anhalt mit 76 %, am geringsten in Hamburg, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen mit jeweils 60 %.

Abb. 11: Vertretung der Interessen Deutschlands auf europäischer Ebene

Antwort „Stimme eher zu“ oder „Lehne eher ab“ auf folgende Aussage: „Ich wünsche mir, dass alleine die Bundesregierung und nicht auch noch die Länder die Interessen der Bundesrepublik auf der europäischen Ebene vertritt.“ Angaben in Prozent, sortiert nach der Höhe der Differenz zwischen Zustimmung und Ablehnung.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung

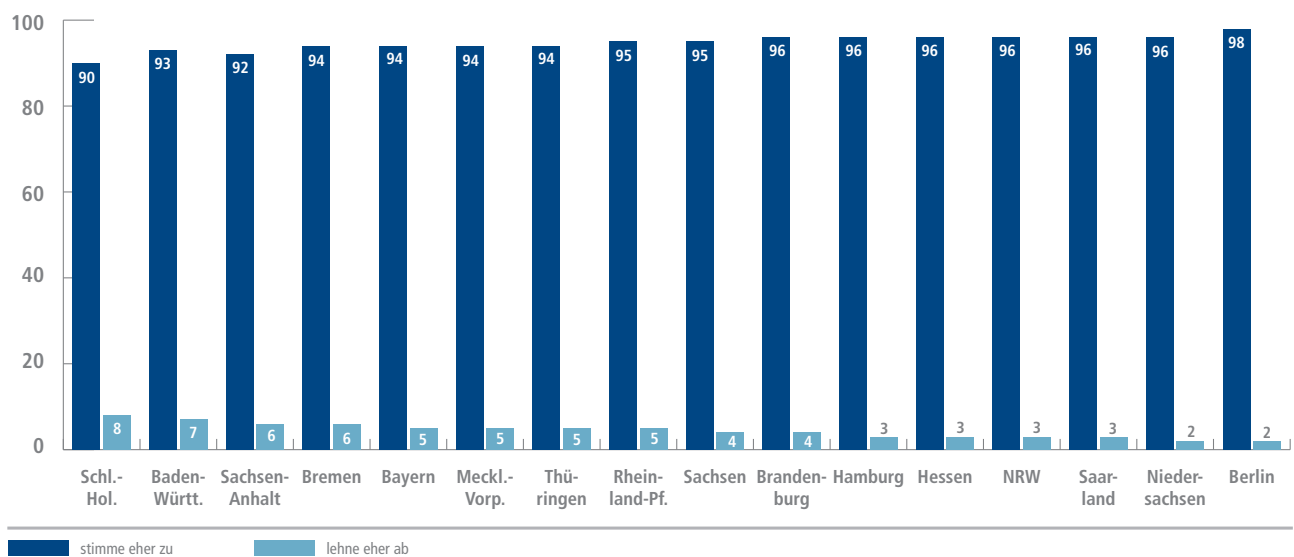


Fast alle Bürger wünschen bei großen Herausforderungen ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern

Bei großen Herausforderungen (wie dem Klimawandel) wird über alle Bundesländer hinweg ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern befürwortet. Die Zustimmung zu dieser Aussage liegt insgesamt bei 95 % und schwankt dabei zwischen 90 % in Schleswig-Holstein und 98 % in Berlin.

Abb. 12: Einstellung zu bundeseinheitlichem Vorgehen bei großen Herausforderungen

Antwort „Stimme eher zu“ oder „Lehne eher ab“ auf folgende Aussage: „Bei großen Herausforderungen wie dem Klimawandel wünsche ich mir ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern.“ Angaben in Prozent, sortiert nach der Höhe der Differenz zwischen Zustimmung und Ablehnung.



Quelle: infas

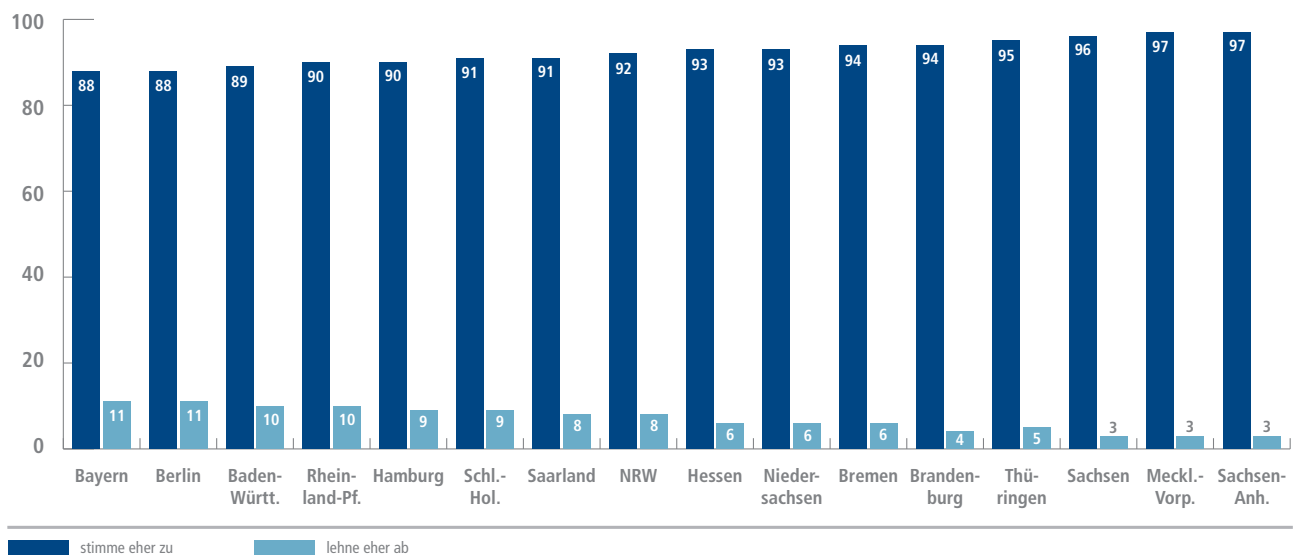
BertelsmannStiftung

Eine klare Mehrheit für bundeseinheitliche Bildungsstandards

Bundesweit sind 91 % der Befragten der Ansicht, dass es Aufgabe des Bundes ist, für vergleichbare Standards zu sorgen. Eine besonders hohe Zustimmung findet diese Aussage in allen ost-deutschen Bundesländern und Bremen (94 % bis 97 % Zustimmung). Eine relative geringere Zustimmung findet sich in Bayern, Berlin und Baden-Württemberg. Hierbei sollte beachtet werden, dass selbst im stark auf die Länderebene fokussierten Bayern die Zustimmung zu Bundesstandards bei 88 % liegt.

Abb. 13: Einstellung zu bundeseinheitlichen Bildungsstandards

Antwort „Stimme eher zu“ oder „Lehne eher ab“ auf folgende Aussage: „Es ist Aufgabe des Bundes, für vergleichbare Standards in den Kindergärten, Schulen und Universitäten zu sorgen.“ Angaben in Prozent, sortiert nach der Höhe der Differenz zwischen Zustimmung und Ablehnung.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung

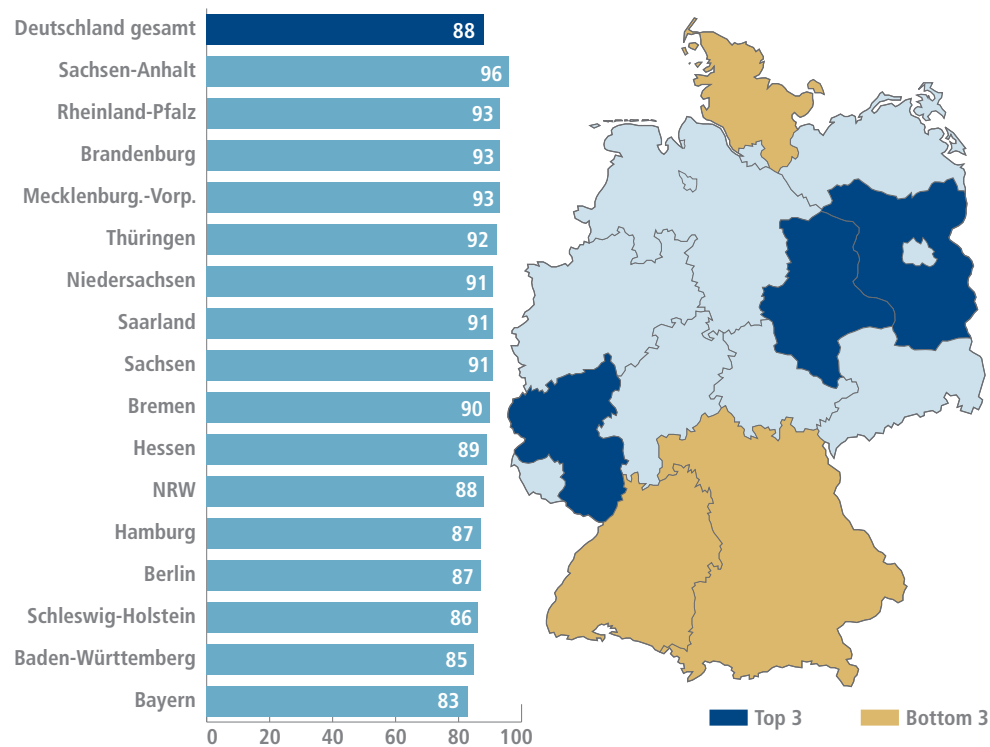


Große Mehrheit: Solidarität statt Wettbewerb der Bundesländer

Die Fragen, die sich in ihrer Summe auf das Binnenverhältnis der Bundesländer beziehen, zeichnen insgesamt das Bild eines ausgeprägten Wunsches nach Solidarität. Die Frage danach, ob die Bundesländer eher zusammenstehen und sich nicht im Wettbewerb gegenüberstehen sollen, wurde überall mit Werten von 83 % (Bayern) bis 96 % (Sachsen-Anhalt) sowie in allen ostdeutschen Bundesländern mit über 90 % zustimmend beantwortet.

Abb. 14: Anteil der Befragten, die Solidarität unter den Bundesländern befürworten

Antwort „Stimme eher zu“ auf folgende Aussage: „Die Bundesländer sollten eher zusammenhalten und sich nicht im Wettbewerb gegenüberstehen.“ Angaben in Prozent.



Quelle: infas

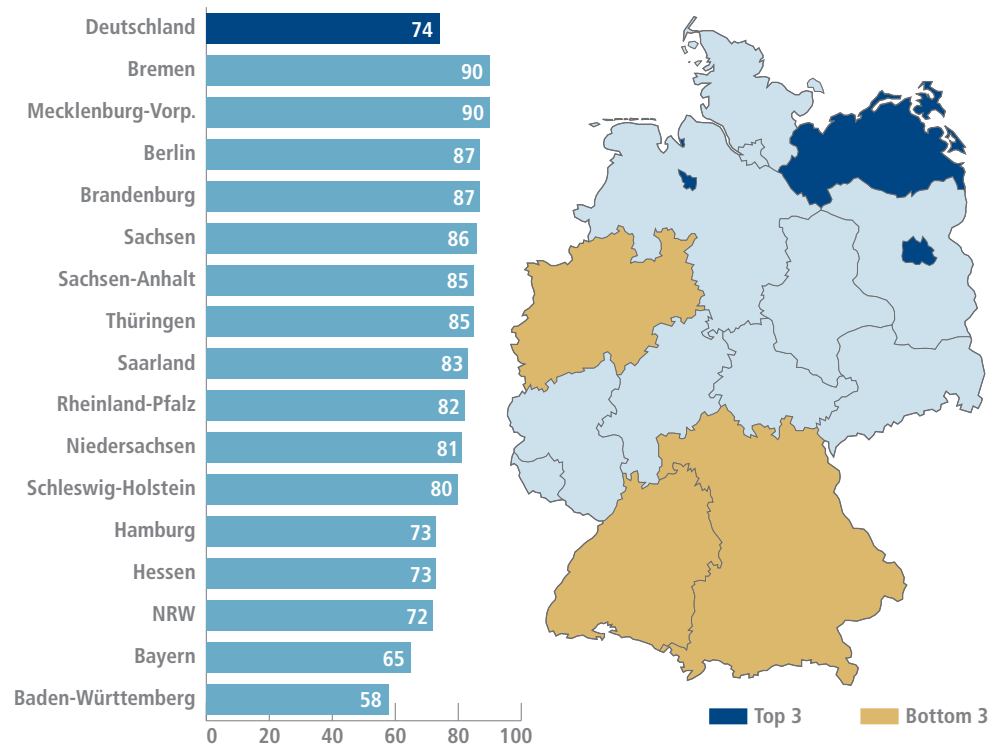
BertelsmannStiftung

Drei von vier Bürgern wollen den Länderfinanzausgleich beibehalten

Entsprechend dem Wunsch nach Solidarität zwischen den Bundesländern äußert sich auch bei der Frage nach der Beibehaltung des Länderfinanzausgleichs die Mehrheit positiv gegenüber der Beibehaltung des Ausgleichsystems. Die Mehrheit der Befragten ist für seine Beibehaltung (74 %). Selbst in den fünf Geberländern (Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg) liegt die Zustimmungquote zwischen 58 und 73 %.

Abb. 15: Anteil der Befragten, die die Beibehaltung des Länderfinanzausgleichs befürworten

Antwort „Stimme eher zu“ auf folgende Aussage: „In der Bundesrepublik gibt es einen Länderfinanzausgleich. Reiche Länder geben den armen Ländern zusätzlich Geld. Dies sollte so beibehalten werden.“ Angaben in Prozent.



Quelle: ifnas

BertelsmannStiftung

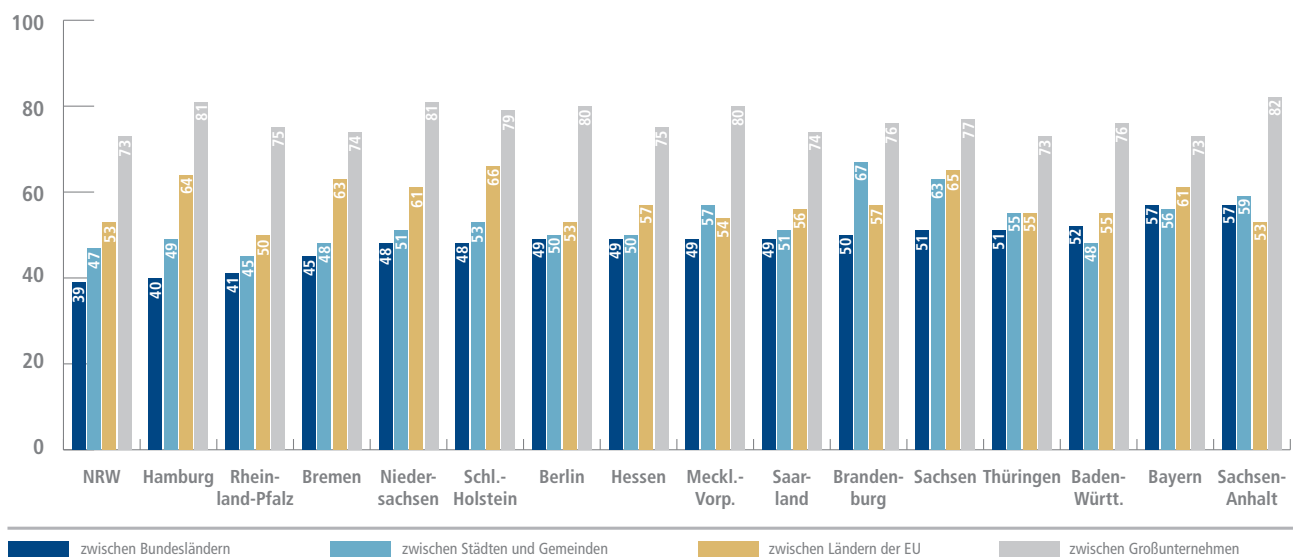


Wettbewerb vor allem – aber nicht nur – zwischen Unternehmen erwünscht

Bei der Frage, in welcher Weise Wettbewerb – da er ja durchaus entgegen der eigenen Einstellung der Mehrheit der Befragten stattfindet – eher zwischen Großunternehmen, zwischen den Ländern der EU, auf der kommunalen Ebene oder auf der Ebene der Bundesländer gutgeheißen wird, wird bis auf Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt überall der Wettbewerb zwischen den Bundesländern am wenigsten akzeptiert. Am stärksten wird der Wettbewerb auf Länderebene mit jeweils 57 % in Sachsen-Anhalt und Bayern akzeptiert. Am wenigsten akzeptiert wird der Wettbewerb in Nordrhein-Westfalen (39 %), Hamburg (40 %), Rheinland-Pfalz (41 %) und Bremen (45 %).

Abb. 16: Einstellung zum Wettbewerb in verschiedenen Bereichen

„Wettbewerb findet in verschiedenen Bereichen statt.“ „Sagen Sie mir zu den folgenden Bereichen bitte jeweils, ob Sie persönlich Wettbewerb begrüßen oder ablehnen?“ Angaben in Prozent der Befragten, die Wettbewerb in dem betreffenden Bereich begrüßen, sortiert nach der Zustimmung zum Wettbewerb unter Bundesländern.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung

Teil 3: Bedeutung eines Leitbildes für ausgewählte Politikfelder

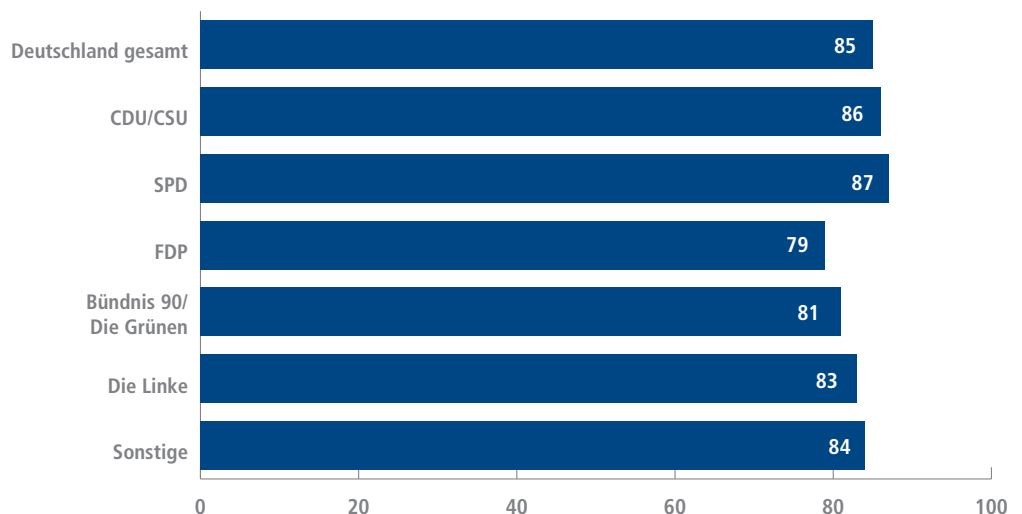
Mit Blick auf die Haushalts- und Steuerpolitik von Bund und Ländern zeigt sich, dass bei den oft angemahnten Reformen der bundesdeutschen Steuer- und Transfersysteme normative Grundvorstellungen der Bürger nicht außer Acht gelassen werden sollten. Hierbei sollten idealerweise nicht nur Detailfragen des Transfersystems thematisiert werden. Auch Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit bezüglich der regionalen Lebenschancen sollten Berücksichtigung finden.

Klare Mehrheit für bundeseinheitliche Steuersätze

Eine deutliche und überparteiliche Mehrheit von 85 % der Befragten spricht sich für die Beibehaltung bundesweit einheitlicher Steuersätze aus. Dabei liegt die Bandbreite der Zustimmung zu dieser Aussage in einem recht engen Korridor von 79 % bei FDP-Anhängern und 87 % bei SPD-Anhängern.

Abb. 17: Gleiche Steuersätze unabhängig vom Bundesland gewünscht

Antwort „Stimme eher zu“ auf folgende Aussage: „Die Steuersätze sollten unabhängig vom Bundesland auch zukünftig gleichbleiben.“ Angaben in Prozent.



Quelle: ifas

BertelsmannStiftung



Auf der anderen Seite befürwortet eine Mehrheit über alle Länder hinweg auch den Wettbewerb der Bundesländer um niedrigere Steuern. Dabei wird der Steuerwettbewerb neben Bayern auch noch in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und im Saarland besonders stark befürwortet (Zustimmung über 65 %). Die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch könnte eventuell darin begründet sein, dass auf der einen Seite die Befürwortung gleicher Steuersätze dem Wunsch nach vergleichbaren Lebensbedingungen entspricht, auf der anderen Seite aber in den Ländern der Befürworter sowohl die Standortchance geringerer Steuern (Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Saarland) als auch das mögliche Entlastungspotenzial sinkender individueller Steuern (Bayern) gesehen wird.

Auf die Frage, bei welcher Maßnahme die Befragten den Wettbewerb – auch wenn sie ihn selbst ablehnten – am ehesten befürworten würden, gaben 62 % der Befragten an, sie würden den Wettbewerb um geringere Steuern zwischen den Bundesländern begrüßen. Den Wettbewerb um geringere Sozialtransfers wollten hingegen nur 37 % der Befragten.

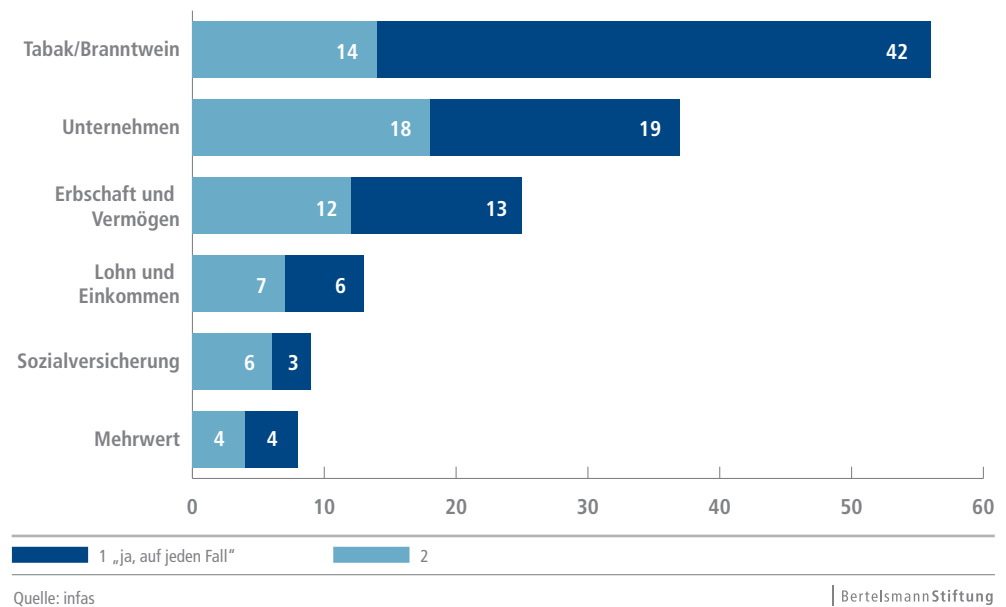
Schuldenabbau über Steuererhöhung: Hohe Zustimmung zur Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer

Die Bürger lehnen mehrheitlich Steuererhöhungen, auch wenn diese dem Abbau der Schulden des Staates dienen, ab. Von besonderem Interesse ist, in welcher Weise bei den verschiedenen Steuerarten eine Steuererhöhung zum Schuldenabbau relativ gut denkbar wäre.

So ist das Ausmaß der Zustimmung zur Steuererhöhung (zu diesem Zweck) speziell bei Tabak- und Branntweinsteuer am höchsten. Sie nimmt über die Unternehmensteuer, Erbschaft- und Vermögensteuer, Lohn- und Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträge hin zur Mehrwertsteuer beständig ab. Die Bürger differenzieren damit sehr wohl nach Steuerarten und sind nicht pauschal gegen Erhöhungen.

Abb. 18: Akzeptanz von Einnahmeerhöhungen zum Schuldenabbau

„Nehmen wir an, die Politik würde die Einnahmen erhöhen wollen, um die Schulden des Staates abzubauen. Ich lese Ihnen nun einige Einnahmearten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine Erhöhung akzeptieren würden oder nicht.“ Angaben in Prozent. Darstellung für Befragte, die auf einer Skala von 1 „ja auf jeden Fall“ bis 5 „nein, auf keinen Fall“ die vorgeschlagene Erhöhung akzeptieren, d.h. die Antwortmöglichkeit „1“ oder „2“ wählen.

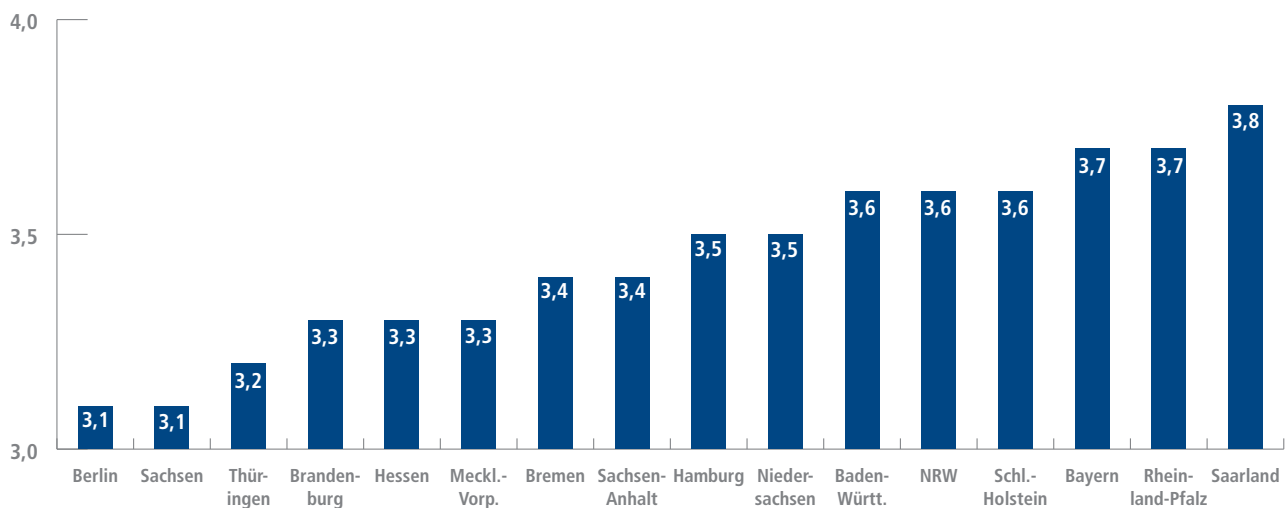




Bei genauerer Analyse des Ausmaßes der Zustimmung zu Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen fallen die relativ großen Streuungen bei der Erbschaft- und Vermögensteuer einerseits und den Sozialausgaben andererseits auf. So finden in den ostdeutschen Ländern (Ausnahme Sachsen-Anhalt) auf einer fünfstufigen Antwortskala von 1 (= ja, Zustimmung) bis 5 (= nein, Ablehnung) Erhöhungen dieser Steuerart (Mittelwert zwischen 3,1 und 3,3) relativ große Zustimmung, während diese in Bayern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland deutlich stärker abgelehnt werden (Mittelwert zwischen 3,7 und 3,8).

Abb. 19: Akzeptanz höherer Erbschaft- und Vermögensteuer zum Schuldenabbau

„Nehmen wir an, die Politik würde die Einnahmen erhöhen wollen, um die Schulden des Staates abzubauen. Ich lese Ihnen nun einige Einnahmearten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine Erhöhung akzeptieren würden oder nicht (Antwort für Steuererhöhungen bei Erbschaft- und Vermögensteuer).“ Darstellung als Mittelwert von fünf Antworten auf einer Skala von 1 „ja auf jeden Fall“ bis 5 „nein, auf keinen Fall“. Interpretation: Je geringer der Mittelwert ist, desto größer ist die Akzeptanz einer Erhöhung der Steuern.



Quelle: infas

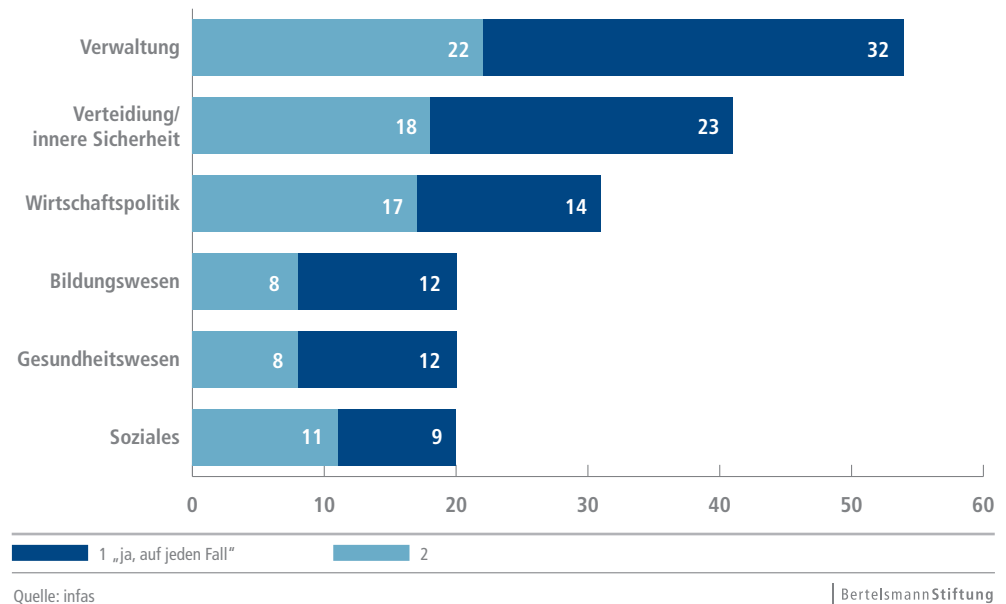
BertelsmannStiftung

Ausgabenkürzungen zwecks Schuldenabbau am ehesten bei der Verwaltung

Ausgabenkürzungen zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung werden vor allem im Bereich der allgemeinen Verwaltungsausgaben akzeptiert. Diese Zustimmung nimmt über Kürzungen in der Verteidigung und inneren Sicherheit, der Wirtschaftspolitik, im Bildungs- und Gesundheitswesen bis zum Bereich „Soziales“ ab.

Abb. 20: Akzeptanz von Ausgabenenkungen zum Schuldenabbau

„Nehmen wir an, die Politik würde die Ausgaben reduzieren wollen, um die Schulden des Staates abzubauen. Ich lese Ihnen nun einige Ausgabearten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine Reduzierung akzeptieren würden oder nicht.“ Angaben in Prozent. Darstellung für Befragte, die auf einer Skala von 1 „ja auf jeden Fall“ bis 5 „nein, auf keinen Fall“, die vorgeschlagene Kürzung akzeptieren, d.h. die Antwortmöglichkeit „1“ oder „2“ wählen.



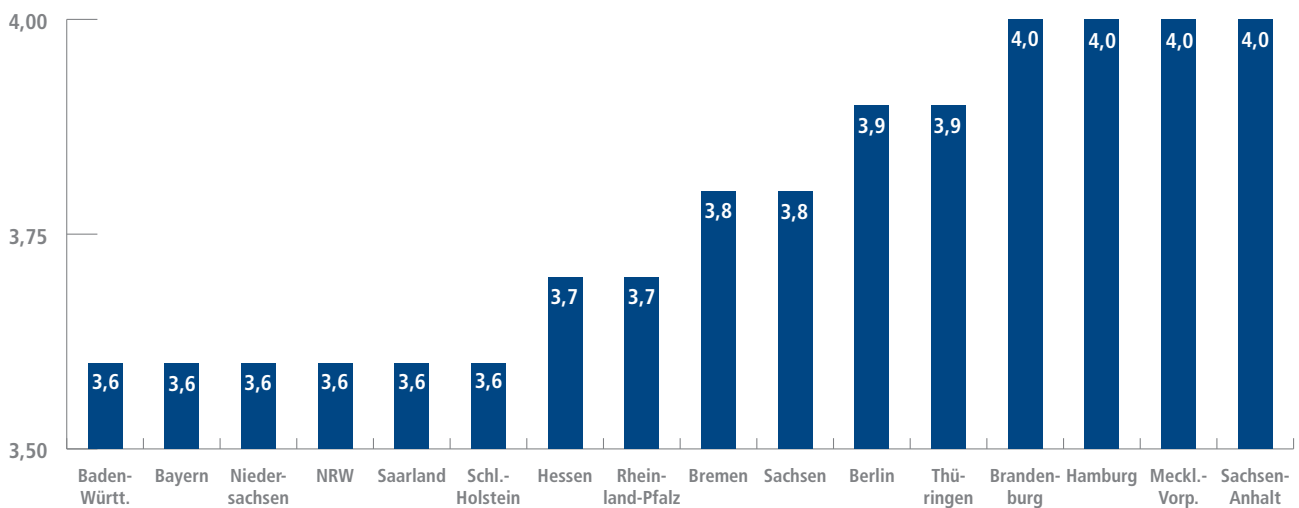


Die Zustimmung zu Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherung ist auf einer fünfstufigen Antwortskala von 1 (= ja, Zustimmung) bis 5 (= nein, Ablehnung) eher in den westdeutschen Bundesländern gegeben. Neben den Geberländern Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sind auch die Bürger in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und im Saarland mit einem Mittelwert von jeweils 3,6 gegenüber einer Kürzung im Sozialbereich relativ offen eingestellt.

Insgesamt jedoch muss bedacht werden, dass die Befragten in den unterschiedlichen Bundesländern bei der Bewertung der Kürzungen im Ausgabenbereich und der Steuererhöhungen auf der Einnahmeseite recht eng beieinanderliegen.

Abb. 21: Akzeptanz von Ausgabensenkungen im Bereich „Soziales“ zum Schuldenabbau

„Nehmen wir an, die Politik würde die Ausgaben reduzieren wollen, um die Schulden des Staates abzubauen. Ich lese Ihnen nun einige Ausgabearten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine Reduzierung akzeptieren würden oder nicht (Antworten für Ausgabensenkungen im Bereich „Soziales“).“ Darstellung als Mittelwert von fünf Antworten auf einer Skala von 1 „ja auf jeden Fall“ bis 5 „nein, auf keinen Fall“. Interpretation: Je geringer der Mittelwert ist, desto größer ist die Akzeptanz einer Erhöhung der Steuern.



Quelle: infas

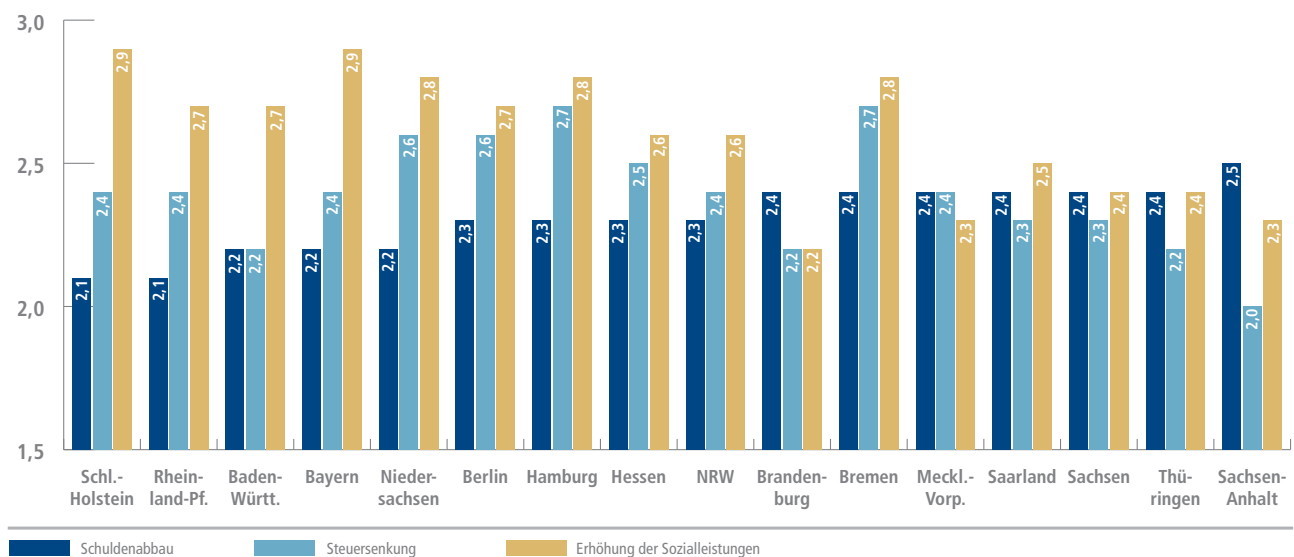
BertelsmannStiftung

Steuermehreinnahmen: Deutliche Präferenz für Schuldenabbau statt Steuersenkung und Erhöhung der Sozialleistungen

Ein darüber hinausgehender Vergleich der möglichen Verwendungsalternativen der gegenwärtigen Steuermehreinnahmen – „Schuldenabbau“, Steuersenkung“ und „Erhöhung der Sozialleistungen“ – zeigt die Präferenz für einen Schuldenabbau. Bei einer fünfstufigen Antwortskala von 1 (= ja, Zustimmung) bis 5 (= nein, Ablehnung) erreicht die Verwendung der Mehreinnahmen für einen Schuldenabbau bundesweit mit einem Mittelwert von 2,3 die größte Zustimmung, gefolgt von Steuersenkungen (Mittelwert von 2,4) und einer Erhöhung der Sozialleistungen (Mittelwert von 2,7). Ein differenzierter Blick auf die einzelnen Bundesländer zeigt, dass in neun Bundesländern ein Schuldenabbau durch die Steuermehreinnahmen bevorzugt wird. Am größten ist die Zustimmung dabei in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz mit einem Mittelwert von 2,1. In den ostdeutschen Bundesländern wird hingegen eher für eine Senkung der Steuern plädiert.

Abb. 22: Gewünschte Verwendung von Steuermehreinnahmen

„Zur Zeit nimmt der Staat mehr Steuern ein als erwartet. Sollten die zusätzlichen Steuereinnahmen verwendet werden für...“ Darstellung als Mittelwert von fünf Antworten auf einer Skala von 1 „ja auf jeden Fall“ bis 5 „nein, auf keinen Fall“. Interpretation: Je geringer der Mittelwert ist, desto größer ist die Akzeptanz einer Verwendung der zusätzlichen Steuermittel für die entsprechende Verwendung.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung

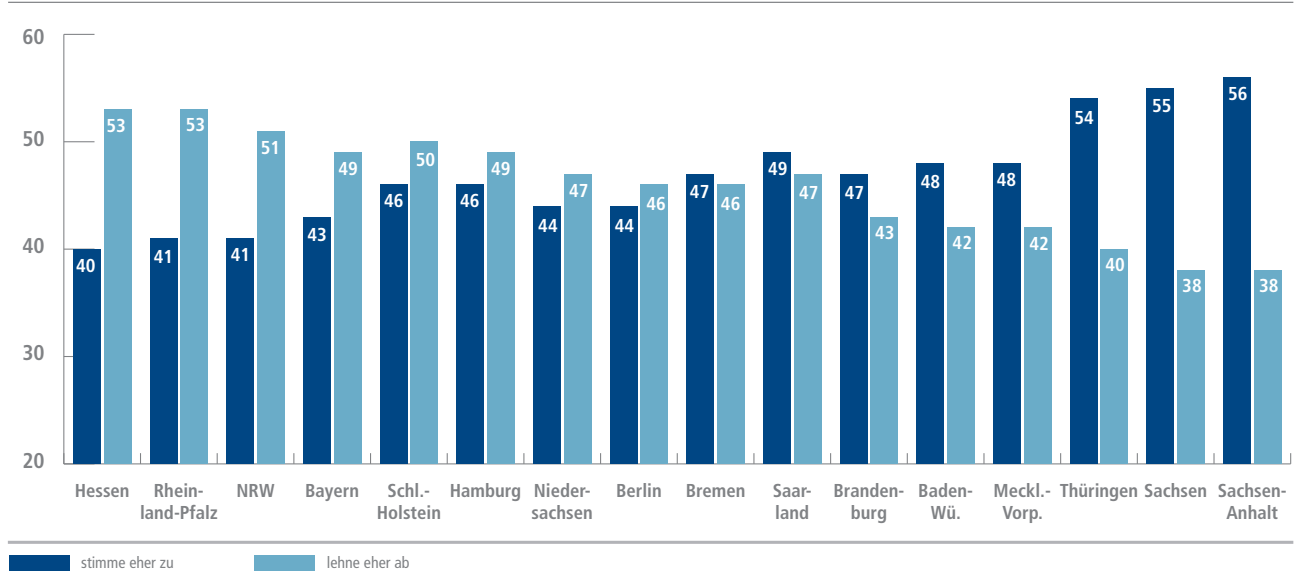


In acht von 16 Bundesländern Zustimmung zu einem Schuldenverbot in den Verfassungen

In den ostdeutschen Bundesländern wird die Aufnahme eines Schuldenverbots in die Verfassungen des Bundes und der Länder befürwortet. Insgesamt befürworten in der Hälfte aller Bundesländer die Befragten ein Schuldenverbot in der Verfassung. Hierzu gehören neben den ostdeutschen Bundesländern auch Baden-Württemberg, das Saarland und Bremen. Auffällig ist, dass gerade in den West-Ländern eine Aufnahme des Schuldenverbotes in die Verfassung von Bund und Ländern mehrheitlich abgelehnt wird.

Abb. 23: Einstellung zu einem Schuldenverbot in der Verfassung

Antwort „Stimme eher zu“ oder „Lehne eher ab“ auf folgende Aussage: „Die staatliche Schuldenaufnahme sollte in den Verfassungen des Bundes und der Länder verboten werden.“ Angaben in Prozent, sortiert nach der Höhe der Differenz zwischen Zustimmung und Ablehnung.



Quelle: infas

BertelsmannStiftung

Anhang: Fragebogen

1. Sind Sie in dem Bundesland geboren, in dem sie wohnen?

1. ja
2. nein

2. Was sind für Sie die herausragenden Merkmale des Bundeslandes, in dem Sie wohnen – im Vergleich zu anderen Bundesländern? (offene Frage)

1. ursprüngliche Herkunft der Familie
2. Umwelt und freundliche Menschen
3. geschichtliche Bedeutung und schöne Städte
4. typische Küche
5. typische Kultur (Literatur, Kunst ...)
6. Dialekt und landesspezifische Gebräuche
7. bekannte Sportler
8. Landespolitik
9. bürgernahe Verwaltung
10. sonstige
11. keine

3. Was sind die hauptsächlichen Gründe dafür, dass Sie in der Stadt oder Gemeinde wohnen, in der sie wohnen?

1. hier aufgewachsen
2. bezahlbarer Wohnraum
3. Nähe zur Arbeit/Ausbildung/Uni
4. geringe Steuern/Abgaben in Stadt/Gemeinde oder Bundesland
5. soziales Umfeld (Familie, Verwandte, Freunde)
6. Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche
7. Naherholungsmöglichkeiten und Kulturangebote
8. sonstige
9. keine



4. Neben der Stadt oder Gemeinde und dem Bundesland sind Deutschland und Europa wichtige Ebenen. Welcher Ebene fühlen Sie sich in erster Linie zugehörig: Ihrer Stadt oder Gemeinde, Ihrem Bundesland, Deutschland oder Europa?

1. Stadt oder Gemeinde
2. Bundesland
3. Deutschland
4. Europa

5. Auf welcher Ebene sollten sich die Lebensbedingungen für die Bürger am ehesten ähneln?

1. auf der europäischen Ebene?
2. auf der gesamtdeutschen Ebene?
3. auf der Länderebene?
4. auf Ebene der Städte und Gemeinden?

6. Bitte sagen mir jetzt, wie zufrieden Sie mit der Arbeit der verschiedenen politischen Ebenen sind. Vergeben Sie dazu bitte jeweils Schulnoten von 1 „sehr gut“ bis 6 „ungenügend“. Wie bewerten Sie die Arbeit ...

1. der Europäischen Union?
2. des Bundes?
3. des Bundeslandes, in dem Sie wohnen?
4. der Stadt oder Gemeinde, in der Sie wohnen?

7. Nun möchte ich von Ihnen wissen, welche Ebene künftig eine wichtigere oder aber weniger wichtige Rolle spielen sollte. Sollte[n] ...

1. die Europäische Union
2. der Bund
3. die Bundesländer
4. die Städte und Gemeinden

... künftig eine wichtigere oder eine weniger wichtige Rolle spielen?

8. Über die Rolle der Bundesländer ist in letzter Zeit viel diskutiert worden. Ich lese Ihnen nun hierzu einige Aussagen vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie diesen Aussagen eher zustimmen oder ob Sie diese eher ablehnen.

1. Wir brauchen die Bundesländer nicht mehr, weil sich der Bund und die Europäische Union mit den wirklich wichtigen Fragen befassen.
2. Ich wünsche mir, dass alleine die Bundesregierung und nicht auch noch die Länder die Interessen der Bundesrepublik auf der europäischen Ebene vertreten.
3. Die Bundesländer mischen sich aus Eigennutz zu stark in die Bundespolitik ein.
4. Bei großen Herausforderungen wie dem Klimawandel wünsche ich mir ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern.
5. Für das Bundesland, in dem ich wohne, wäre der Zusammenschluss mit einem Nachbarland eine sinnvolle Sache.
6. Die Bundesländer sollten eher zusammenhalten und sich nicht im Wettbewerb gegenüberstehen.
7. In der Bundesrepublik gibt es einen Länderfinanzausgleich. Reiche Länder geben den armen Ländern zusätzlich Geld. Dies sollte so beibehalten werden.

9. Wettbewerb findet in verschiedenen Bereichen statt. Sagen Sie mir zu den folgenden Bereichen bitte jeweils, ob Sie persönlich Wettbewerb begrüßen oder ablehnen:

1. Wettbewerb zwischen den Ländern der Europäischen Union
2. Wettbewerb zwischen den Bundesländern
3. Wettbewerb zwischen den Städten und Gemeinden
4. Wettbewerb zwischen Schulen
5. Wettbewerb zwischen Großunternehmen

10. Sollten die Bundesländer in allen Politikbereichen ihre eigene Politik machen dürfen?

1. ja
2. nein



11. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie in diesen Politikbereichen einen Wettbewerb der Bundesländer begrüßen oder ablehnen würden:

1. Wettbewerb um die Höhe der Steuern
2. Wettbewerb um die Höhe von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe
3. Wettbewerb um Fördermittel aus Brüssel
4. Wettbewerb um Lohnnebenkosten

12. Nehmen wir an, die Politik würde die Einnahmen erhöhen wollen, um die Schulden des Staates abzubauen. Ich lese Ihnen nun einige Einnahmearten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine Erhöhung akzeptieren würden oder nicht. Hierfür steht Ihnen eine Skala von 1 „ja, auf jeden Fall“ bis 5 „nein, auf keinen Fall“ zur Verfügung. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Würden Sie eine Erhöhung akzeptieren bei ...

1. Erbschaft- und Vermögensteuer?
2. Unternehmensteuern?
3. Mehrwertsteuer?
4. Lohn- und Einkommensteuern?
5. Sozialversicherungsbeiträgen?
6. Tabak- und Branntweinsteuer?

13. Nehmen wir an, die Politik würde stattdessen die Ausgaben senken wollen, um die Schulden des Staates abzubauen. Ich lese Ihnen jetzt einige Bereiche vor, und Sie sagen mir bitte wieder auf einer Skala von 1 „ja, auf jeden Fall“ bis 5 „nein, auf keinen Fall“, ob Sie jeweils eine Ausgabenkürzung akzeptieren würden oder nicht. Würden Sie eine Ausgabenkürzung akzeptieren bei ...

1. Verteidigung und innerer Sicherheit?
2. Wirtschaftspolitik?
3. Bildungswesen?
4. Gesundheitswesen?
5. Verwaltung?
6. Sozialem?

14. Zurzeit nimmt der Staat mehr Steuern ein als erwartet. Ich lese Ihnen nun hierzu einige Möglichkeiten vor, wozu dieses Geld verwendet werden könnte. Sagen Sie mir bitte wieder wie eben auf einer Skala von 1 bis 5, inwieweit Sie diesen Verwendungsmöglichkeiten zustimmen. Sollten die zusätzlichen Steuereinnahmen verwendet werden ...

1. für den Schuldenabbau?
2. für eine Erhöhung der Sozialleistungen ?
3. für Investitionen in Bildung?
4. für Investitionen in Infrastruktur?
5. für Ausgaben im Sozialbereich?
6. für Steuersenkungen?

15. Sagen Sie mir bitte dieses Mal jeweils, ob Sie diesen Aussagen eher zustimmen oder ob Sie diese eher ablehnen.

1. Die Steuersätze sollten unabhängig vom Bundesland auch zukünftig gleichbleiben (bei Nachfrage: Lohn- und Einkommensteuer und „bei gleichem Einkommen“).
2. Es ist Aufgabe des Bundes, für vergleichbare Standards in den Kindergärten, Schulen und Universitäten zu sorgen.
3. Es ist im Interesse Deutschlands, dass wir die Hartz-4-Empfänger wieder stärker in die Gesellschaft integrieren.
4. Die staatliche Schuldenaufnahme sollte in den Verfassungen des Bundes und der Länder verboten werden.



Impressum

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-81999
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Ole Wintermann, Bertelsmann Stiftung
Dr. Thieß Petersen, Bertelsmann Stiftung

Autoren

Dr. Ole Wintermann, Bertelsmann Stiftung
Dr. Thieß Petersen, Bertelsmann Stiftung

Lektorat

Dr. Arno Kappler, Soest

Gestaltung

Markus Diekmann, Grafik, Bielefeld

Infografiken

Ulrich Gröne, colibri group, Bielefeld

Titelfoto

Thomas Kunsch

Wir danken Herrn Prof. Dr. Helmut Seitz von der TU Dresden für seine wertvollen Anregungen und Kommentare.

Der besseren Lesbarkeit wegen haben wir in der Regel auf die weibliche Sprachform verzichtet. Die Redaktion bittet alle Leserinnen um Verständnis.

© 2008 Bertelsmann Stiftung

Adresse | Kontakt:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Ole Wintermann

Projektmanager
Aktion Demographischer Wandel
Telefon 05241 81-81232
Fax 05241 81-681232
E-Mail ole.wintermann@bertelsmann.de

www.aktion2050.de

www.bertelsmann-stiftung.de